

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

114. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 17. Juni 2004

Tagesordnungspunkt 10:

Antrag der Abgeordneten Jörg van Essen, Rainer Funke, Sibylle Laurischk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: **Rechtsstaatlichkeit der Telefonüberwachung sichern** (Drucksache 15/1583)

10410 B

Petra Pau (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Zahl der Telefonüberwachungen hat in den zurückliegenden Jahren drastisch zugenommen. Binnen fünf Jahren hat sich ihre Zahl verfünffacht, oder anders gesagt: Auch unter Rot-Grün wird zunehmend in Bürgerrechte eingegriffen. Das ist die Bilanz nach fünf Jahren gemeinsamer Regierung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Nun hat die FDP dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt. Ich finde es wichtig.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Ebenso habe ich für die PDS im Bundestag ausdrücklich das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes gewürdigt. Es hat die ausufernde Praxis des **großen Lauschangriffes** gerügt. Allerdings vermisse ich bisher entsprechende Konsequenzen bei der Bundesregierung und in den meisten Bundesländern. Früher war das übrigens ein originäres Thema der Grünen. Heute ist ihr Bürgerrechtsinstinkt – so meine Beobachtung – aufgebraucht. Ich bedauere das ganz ausdrücklich.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Voll daneben!)

Herr Kollege Ströbele, nun zu Ihnen: Das, was Sie eben abgeliefert haben, war eine schlichte Luftnummer. Sie sind inzwischen offensichtlich zum bürgerrechtsankündigungspolitischen Sprecher ernannt worden.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Das habe ich zumindest Ihrem Vortrag entnommen und das gilt besonders, wenn Sie tatsächlich schon im Januar vergangenen Jahres angekündigt haben, Konsequenzen zu ziehen.

Nun wieder zum eigentlichen Gegenstand: Die Telefonüberwachung ist aus rechtsstaatlicher Sicht eine Ausnahme, die zwingend begründet werden muss. Die Praxis spricht aber eine andere Sprache.

(Zuruf des Abg. Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU])

– Zu Ihrem Zuruf, Herr Kollege: Es stimmt, es gibt auch im Deutschen Bundestag Menschen, die Angehörige der PDS sind und die aus der bitteren Geschichte gelernt haben. Daher nehme ich mir das Recht, heute auch Eingriffe in Bürgerrechte hier zu kritisieren.

(Beifall des Rainer Funke [FDP] und der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Das ist schön!)

Schon vor Jahresfrist hat der damalige Bundesdatenschutzbeauftragte moniert, die **Telefonüberwachung** sei von einer Ausnahme zum Standard mutiert. Jüngste Untersuchungen – sie wurden hier schon zitiert – belegen, dass sie obendrein lax genehmigt oder aber überhaupt nicht mehr begründet wird. Die Polizei hat ein Begehren und immer mehr Richter stimmen ganz unbedarft zu. Das

ist ein Armutszeugnis. Ich denke, wir müssen dafür sorgen, dass hier wieder Recht und Gesetz einziehen und im schlimmsten Fall auch die entsprechenden Kenntnisse vermittelt werden.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie, Frau Kollegin?)

– Wenn Herr Ströbele pausenlos „Wie?“ fragt, frage ich mich ernsthaft, ob Sie, der Sie an der Regierung sind, vielleicht auch einmal das Handwerkszeug in die Hand nehmen.

Von Bundesinnenminister Schily erwarte ich übrigens in dieser Frage keine Besserung mehr. Er hat sich mit den unsäglichen Otto-Paketen und manchem, was er jetzt auch noch in das Zuwanderungsgesetz eingebracht hat, endgültig disqualifiziert. Aber vielleicht – das ist zumindest meine Bitte – fühlt sich ja die Bundesjustizministerin angesprochen und nimmt sich dieser Sache endlich an.

Hinzu kommen in der Praxis weitere Unterlassungen. Wer überwacht wird, hat ein Recht darauf, nachträglich darüber informiert zu werden. Das ist geregelt, aber auch in dieser Frage wird in der Praxis sträflich gegen Recht und Gesetz verstoßen. Stattdessen wird unentwegt versucht, die ausufernde Überwachungspraxis auch noch rechtlich auszuweiten.

Deshalb tut aus meiner Sicht dreierlei Not: Die polizeiliche Praxis muss auf das Recht zurückgeführt werden; das Recht muss sich am Grundgesetz orientieren und die Politik muss die verbrieften Bürgerrechte stärken, gerade auch Rot-Grün.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist aber sehr allgemein!)